

Mehr AussiedlerInnen und ein neuer Beauftragter für Aussiedlerfragen

Nach Angaben des Grenzdurchgangslagers Friedland ist 2013 die Zahl neu einreisender AussiedlerInnen erstmals wieder leicht gestiegen. In den letzten Jahren kam es zu einem Rückgang, nun sind mit 2.400 neu Eingereisten ca. 500 AussiedlerInnen mehr gekommen als 2012. Der Hauptanteil kommt nach wie vor aus Russland und Kasachstan.

Hintergrund für den Anstieg könne eine Änderung im Bundesvertriebenengesetz sein, so die ExpertInnen. Die seit September 2013 in Kraft getretene Änderung erleichtert Familienangehörigen den Nachzug. Ob sich aus dem Anstieg ein Trend ableiten lässt, ist nicht sicher. Insgesamt sind seit 1945 über das Durchgangslager mehr als vier Millionen Flüchtlinge und AussiedlerInnen eingereist.

Auch auf der politischen Ebene gibt es eine neue Entwicklung. Christoph Bergner, langjähriger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, schied zum Jahreswechsel aus seinem Amt aus. Sein Nachfolger ist seit Januar 2014 der CSU-Bundestagsabgeordnete Hartmut Koschyk, der sich bereits in der Vergangenheit sowohl politisch wie auch auf Grund seines persönlichen Hintergrunds mit dem Thema AussiedlerInnen auseinandersetzte. So war Koschyk 1987 bis 1991 Vorsitzender des z.T. kritisierten Bundes der Vertriebenen und 1990 bis 2002 Vorsitzender der AG „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Im Rampenlicht stand Koschyk dabei eher selten. 1991 stimmte er im Bundestag gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze. 2005 wurde er – nach seinem Ausscheiden aus der AG „Vertriebene und Flüchtlinge“ – als innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von Amnesty International für seine Ablehnung einer Altfall-/Amnestieregelung für Illegale kritisiert. 2010 sprach sich Koschyk gegen EU-weite Regeln der Asylpolitik in der EU aus.

İbis - Infodienst Integration 01/14

- Mehr AussiedlerInnen und ein neuer Beauftragter für Aussiedlerfragen
- Ausschreibung Werkstatt Vielfalt
- Die Hoffnung der Harzer Straße
- Modellprojekt für migrantische Jugendarbeit im Land Niedersachsen
- İbis-Rezension: Ist Integration nötig?

Ausschreibung: Werkstatt in Vielfalt

Die Robert Bosch Stiftung hat bis zum 15.03.2014 den Fördertopf „Werkstatt in Vielfalt“ erneut ausgeschrieben. Die Stiftung möchte damit Projekte für eine lebendige Nachbarschaft und bürgerschaftliches Engagement von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund fördern. Die Projekte sollen „Brücken zwischen Lebenswelten“ sein und dazu beitragen, dass „Vielfalt zur Normalität“ wird.

Die Stiftung fördert längerfristige Projekte, die darauf zielen, zum interkulturellen Miteinander auf der Mikroebene (in der Nachbarschaft, im Viertel oder Stadtteil) beizutragen. Die Projektdauer kann von sechs Monaten bis hin zu zwei Jahre betragen.

Anträge können z.B. gemeinnützige Vereine, Einrichtungen für Bildung oder Jugendarbeit, religiöse Institutionen, Institutionen der Stadtteilarbeit oder Migrantenselbstorganisationen stellen.

Inhaltliche Schwerpunkte liegen auf der Unterstützung des Miteinanders von Kindern und Jugendlichen (acht bis 27 Jahre), der Stärkung des Verständnisses zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, der Nutzung unterschiedlicher Kompetenzen und Erfahrungen im gemeinsamen aktiven Tun und der Erfahrung von Selbstwirksamkeit bei und Aktivierung von Kinder und Jugendliche. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Impressum:

Herausgeber: İbis - Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare

Bismarckstraße 120
47057 Duisburg

Kontakt, An- und Abmeldung: info@ibis-institut.de

Redaktion: Patricia Jessen, Judith Schandra, Frank Jessen

Die Hoffnung der Harzer Straße

„Armutszuwanderung“, EU-Binnenwanderung“, „Migrations aus Süd-Osteuropa“ – das Thema der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien schlägt seit Monaten hohe Wellen im öffentlichen Diskurs. Oft unausgesprochen spielen antiziganistische Elemente mit hinein. „Die Roma kommen“, das bedeutet in den Köpfen vieler: überfrachtete Wohnungen, Prostitution, Arbeiterstrich und Müllberge im Hinterhof.

Wie sollen sich Kommunen und BürgerInnen dem Thema stellen, wie mit den Bedürfnissen und Ängsten auf allen Seiten umgehen? Denn die Zuwanderung passiert, sie ist Fakt.

In Berlin zeigt eine kirchliche Einrichtung, wie man vielleicht allen Seiten gerecht wird. In der Harzer Straße in Neukölln hat die Aachener Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft, ein Kölner Unternehmen das zu hundert Prozent der katholischen Kirche gehört, 90 Roma-Familien eine Bleibe gegeben.

Dabei wurde dort vorher jedes Klischee erfüllt – hunderte von Personen auf engstem Raum in ungezieferverseuchten Häusern, in den Hinterhöfen wuchsen die Müllberge in den Himmel. Dann kam die Aachener Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft und mit ihr der Abteilungsleiter Benjamin Marx, den heute alle BewohnerInnen der acht renovierten Häuser einfach nur „den Patron“ nennen.

Marx, der die Häuser günstig kaufte und dann sanierte, genießt bei den Roma besonderen Respekt. Er redet mit den BewohnerInnen, kommt vorbei, kümmert sich persönlich. Doch bei aller Hinwendung zum Menschen vertritt er ein Geschäftsmodell, das nicht nur sozial, sondern auch finanziell tragfähig ist. Das ist und bleibt ein Balanceakt. Und trägt doch Früchte – wenn die AnwohnerInnen plötzlich selbst aktiv werden, den Hinterhof mit Motiven aus der Bergpredigt verschönern, in einer eingerichteten Nähstube oder in einer kleinen Galerie mitarbeiten. Trotz dieser Entwicklungen reagieren aber bei weitem nicht alle NachbarInnen positiv - da

ist viel Neid, dass „ja nur den Roma geholfen wird“, „die das ganze Geld bekommen“. Sogar Morddrohungen hat Marx bereits bekommen.

Trotzdem zeigt die Harzer Straße, dass es einen Weg aus der Armut, aus der sozialen Randlage für die ZuwanderInnen aus dem Osten – seien sie Roma oder nicht – geben kann. Dass sich etwas ändern kann. Denn Armutswanderung mag ein Fakt sein, Armut, Ausgrenzung und Chancenlosigkeit in überfüllten Wohnungen und Müllbergen jedoch nicht. Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Modellprojekt für migrantische Jugendarbeit im Land Niedersachsen

Mitmachen um Teil der Willkommenskultur zu sein – ein von İbıs begleitetes Projekt – zielt niedersachsenweit auf die Stärkung der migrantischen Jugendarbeit als Teil der Jugendarbeit im ländlichen Raum.

Gemeinsam mit dem Projektträger, der Katholischen LandvolkHochschule Oesede, werden in drei Jahren in verschiedenen Landkreisen in Niedersachsen:

- Bestandsaufnahmen zur Untersuchung vorhandener Strukturen der migrantischen Jugendarbeit und deren Einbindung in vorhandene Netzwerke und Kooperationen vorgenommen.
- die Zusammenarbeit zwischen AkteurInnen der migrantischen und der hauptamtlichen Jugendarbeit verbessert.
- die Kenntnisse über die Strukturen der Jugendarbeit bei migrantischen Institutionen vertieft.
- gemeinsame Perspektiven durch neue Kooperationen und Organisationsentwicklungen entwickelt.

Als Schirmherrin für das Projekt konnte die Beauftragte für Migration und Teilhabe des Landes, Frau Schröder-Köpf gewonnen werden. Auch der Landesjugendring unterstützt das Modellvorhaben. Die Startphase lief im Herbst 2013 im Landkreis Osnabrück in enger Kooperation mit dessen Integrationsbeauftragten, Werner Hülsmann, an. An die Be-

standsaufnahme der Aktivitäten migrantischer Jugendarbeit schließen sich vier Workshops für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund an. Ziel der Workshops ist, Vernetzungen und konkrete Projekte zu realisieren, die die Willkommens- und Anerkennungskultur stärken.

Ab 2015 wird das Projekt auf das gesamte Bundesland Niedersachsen ausgeweitet. **Acht Landkreise aus Niedersachsen können sich noch um eine Teilnahme bewerben.** Anfragen können an frank.jessen@ibis-institut.de gerichtet werden.

İbis-Rezension: „Ist Integration nötig?“

Menschen, die neu nach Deutschland kommen, müssen integriert werden. Dies ist eines der ungeschriebenen Dogmen des Integrationsdiskurses in Deutschland. Man mag hinzufügen, Menschen, die neu aus dem Nahen und Mittleren Osten, Afrika oder Südosteuropa nach Deutschland kommen, müssen integriert werden. Vielleicht auch noch die AussiedlerInnen und SpätaussiedlerInnen. Die Frage ist nicht: „Ist Integration nötig?“, sondern „Wie kann sie gelingen und wie viel wird das kosten?“.

Denn für diese Zielgruppe fließt viel Geld, insbesondere in einen Markt, der sich rund um das Thema Integration etabliert hat. Hier ist an Verbände, Vereine, freie Träger und beratende Institutionen zu denken. Auch İbis ist in dieser Reihe zu sehen - auch wir arbeiten in diesem Bereich und finanzieren uns, um Menschen zu unterstützen.

Mit umso größerem Interesse haben wir deswegen den Text „Ist Integration nötig?“ von María do Mar Castro Varela, Professorin an der Alice Salomon Hochschule in Berlin, gelesen. Er ist in der Reihe „Soziale Arbeit kontrovers“ des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. erschienen.

In ihrer Streitschrift stellt die Dipl.-Psychologin, Dipl.-Pädagogin und promovierte Politologin das Dogma der zweifelsfrei notwendigen (und oft nicht freiwillig erfolgenden) Integration in Frage. Mit viel Foucault und Boudrillard im (Hinter)kopf, analysiert die Professorin in ihrer Streitschrift die Kruxen mit der Integration. Sie beleuchtet, wie ein (politischer) Diskurs Anknüpfungspunkte für eine Integrationspolitik bietet, die für die Betroffenen ein „Normalisierungs- und Disziplinierungsregime“ wird. Mit Begriffen wie "Menschen mit Migrationshintergrund" werde eine Nicht-Zugehörigkeit ein „Wir vs. Ihr“ geschaffen, das dann mittels Machtstrukturen und Druck aufgelöst werden soll. Das bedeute, dass keine neue gemeinsame Identität geschaffen, sondern via Disziplinierung und „Normalisierung“ das „Ihr“ ins „Wir“ überführt werden soll. Damit ist man beim Thema Assimilierung angelangt, ein Gespenst, das auch durch den Diskurs geistert, aber – gerade von Seiten derer, die für sich beanspruchen die „autochthonen Deutschen“ zu sein – oft gar nicht mehr angesprochen wird.

Aber nicht nur hier setzt die Kritik María do Mar Castro Varelas an. Denn aus ihrer Sicht bereichern sich, indem die Zugewanderten „als Zielgruppe sozialarbeiterischen Handelns festgeschrieben werden“ die verschiedensten Institutionen kräftig an der angeblichen Misere.

Umso wichtiger scheint es, dass diese ernstzunehmende, lesbare und lesenswerte Kritik, von allen, die im integrativen Bereich handeln, wahr genommen wird. Denn um eine integrative Leistung zu erbringen, müssen wir uns nicht nur fragen: „Kann sie gelingen?“ oder „Ist sie finanzierbar?“. Vielmehr müssen wir im ersten Schritt tatsächlich sehen: „Ist Integration nötig?“

Ist Integration nötig? Eine Streitschrift von María do Mar Castro Varela, Aus der Reihe Soziale Arbeit kontrovers, Band 5, Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V., Lambertus-Verlag, 2013.